

Antifaschistische

BOCHUMER BLÄTTER



Nr. 1/2004

Information der VVN - Bund der Antifaschisten

Der reaktionäre Kapp-Putsch, die Märzrevolution von 1920,

die heutige Politik des Sozialabbaus und die Begünstigung des Neonazismus

Bochum im Jahr 2004: Neonazis können in der Innenstadt unter dem Schutz der Polizei Hetzflugblätter gegen den Bau einer neuen jüdischen Synagoge verteilen und Antifaschisten und jüdische Bürger der Stadt schlagen und bedrohen. Bochum im Jahr 2004: Der DGB warnt vor einem dramatischen Anwachsen der Armut, 15.000 Menschen sind auf öffentliche Hilfe angewiesen. Außerdem Massenentlassungen bei Steilmann, Betriebsschließungen und weiter steigende Arbeitslosigkeit.

In Berlin verschärft die Regierung den Sozialabbau in einem bisher nicht gekannten Ausmaß. Die Regierungschefs von Deutschland, Frankreich und Großbritannien wollen mit Hilfe von Sozial- und Lohnabbau die USA als stärkste Wirtschaftsmacht ablösen. Die Großkonzerne machen wieder Rekordgewinne. Während Arbeitslose und vor allem längere Arbeitslose in die Armut gedrängt werden, verdienen Konzernmanger Hunderttausende oder Millionen, breiten sich Korruption und Misswirtschaft aus..

Bochum im Jahr 1920: Auf dem Moltkemarkt (heute Springerplatz) versammeln sich 20.000 Arbeiter, um für soziale Gerechtigkeit und gegen den reaktionären Putsch von Kapp/Lüttwitz/Ludendorf zu demonstrieren.

Am 13. März 1920 haben reaktionäre Militärs die SPD-Regierung in die Flucht

getrieben. Teile der Reichswehr und Freikorps schließen sich dem Putsch an. Die

Fortsetzung auf Seite 5

**Demonstration und
Kranzniederlegung
an den Gräbern der
Kapp-Putsch-Opfer**

**Sonntag 28. März 2004,
11.00 Uhr (Sommerzeit!),
Treffpunkt: Marktplatz in
Bochum-Werne
Es spricht Gerd Deumlich
(DKP).**



Demo in der Bochumer Innenstadt am 28. Februar 2004

Sklavenarbeit für die Deutschen – auch in Gerthe

Das gilt auch für das Zwangsarbeiterlager in Bochum-Gerthe an der Gewerkestraße (am Bövinghauser Hellweg). Von 1940/41 bis zur Befreiung Bochums vom Faschismus im März/April 1945 dienten die Baracken der Unterbringung von Sklavenarbeitern. Schon 1943 waren 17.000 Zwangsarbeiter in Bochum in mehr als 100 Lagern untergebracht, ein Jahr später hatte die Zahl der Zwangsarbeiter sich verdoppelt, weil immer mehr Deutsche zum Kriegseinsatz kommandiert wurden, dafür immer mehr Menschen aus den von Deutschen besetzten Gebieten nach Deutschland verschleppt wurden.

Als 1994 Überlebende des Lagers aus Donezk die Baracken besuchten, gab es erschütternde Szenen des Erinnerns. Hunger, Krankheit, Verfolgung, Zwang herrschten im Lager und auf Schacht III der Zeche Lothringen, aber es gab auch den einen oder anderen deutschen Kumpel, der heimlich ein Butterbrot den aus der damaligen Sowjetunion

oder Polen in die Sklavenarbeit geraubten Menschen gab. 16 Stunden wurde täglich gearbeitet, jeder 2. Sonntag war frei. Ein eintägiger „Streik“ der Zwangsarbeiter für etwas mehr

Essen wurde zwar von den Deutschen mit Gummipeitschen und Eisenknüppeln beantwortet, aber die Zechenleitung bewilligte doch etwas mehr Tee und Zucker, weil sonst wegen zunehmender Mangelkrankheiten die Produktion gefährdet schien.

Das Lager in Gerthe wird heute als

Lange Zeit war das Thema Zwangsarbeit auch in der Bochumer Öffentlichkeit nicht von Bedeutung, obwohl sich schon seit Mitte der 80er Jahre Vereine und Initiativen mit der Thematik beschäftigten.

Viele Lager gerieten schnell in Vergessenheit oder wurden von interessierter Seite einfach totgeschwiegen oder geleugnet.

ZWANGSARBEIT IN BOCHUM WÄHREND DER NAZI-HERRSCHAFT
BOCHUMER FIRMEN PROFITIEREN VON ÜBER 32.000 SKLAVENARBEITERN



KAUM REAKTION AUF ENTSCHÄDIGUNGSFORDERUNGEN

alternatives Wohnzentrum genutzt. Ein Besuch der Anlage lohnt sich sehr, weil es bundesweit nur noch 8 solcher Gebäudeensembles gibt, die ähnlich gut erhalten sind. Außer dem o.g. Lager befindet sich ein weiteres in Bochum an der Bergenerstraße 116. Selbst die charakteristischen Betonpfeiler für den Stacheldrahtzaun um das ehemalige Lager stehen noch.

Auch die VVN - BdA Bochum engagiert sich neben anderen Bochumer Gruppen schon lange für den Erhalt der Anlage. Sie sollte unter Denkmalschutz gestellt werden, seine Geschichte, auch die möglicherweise noch vorhandenen unterirdischen Bunkeranlagen, sollte intensiver als bisher erforscht werden.

Gegenwärtig gehört das ehemalige Zwangsarbeiterlager auch zu den Zielen der Stadtrundfahrt „Auf den Spuren der Zwangsarbeit in Bochum“.

Zu Führungen durch die Anlage in Gerthe ist Ria Billmann, Tel. 0234/8906233 oder Fax 8906214 bereit. Gruppen oder Einzelpersonen haben so die Möglichkeit, unter fachlicher Leitung Einzelheiten zu erfahren.

Wolfgang Dominik



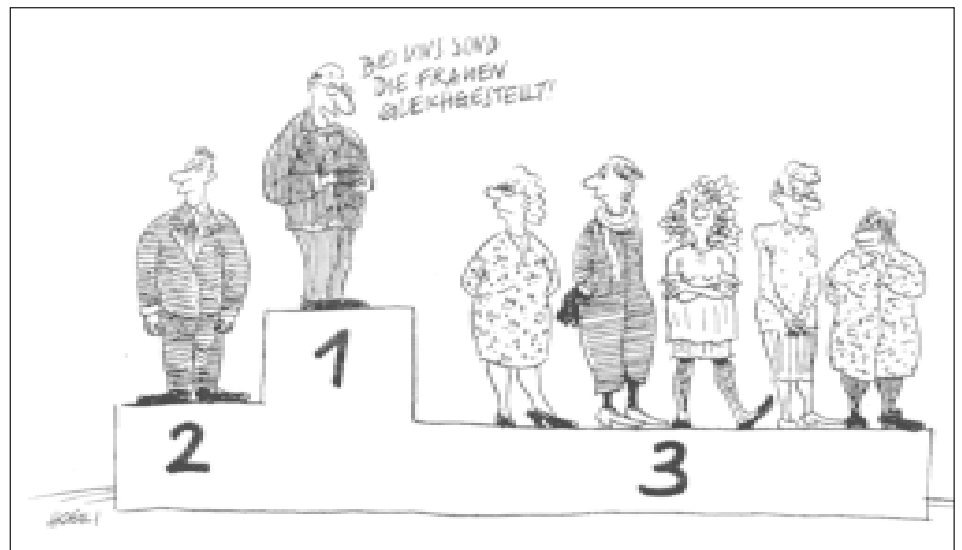
Was ist das Gegenteil von Gender Mainstreaming?

Gehartzte Zeiten!

Dieser verbale Rückfall, der völlig realitätsfremd ein Bild vom gut und allein verdienenden Familienvater herstellt, war allerdings erst der Anfang. Die Gleichbehandlungsrichtlinie der EU verpflichtet ihre Mitgliedstaaten, Männern und Frauen gleiche Chancen zu gewähren bei allen Gesetzgebungsvorhaben, die den Zugang zu Beschäftigungen betreffen. Allerdings stehen die Gesetze Hartz I-IV und die Agenda 2010 im krassen Widerspruch hierzu. Die allseits bekannte Realität für Frauen auf dem Arbeitsmarkt ist ohnehin eine erhebliche Benachteiligung durch Teilzeitarbeit, ungeschützte Beschäftigungsverhältnisse und Lohndiskriminierung. Diese Benachteiligungen haben sich seit Hartz I und II noch weiterhin verschlimmert. Wegen erhöhter Anrechnung des Partnereinkommens seit 01.01.2003 fallen immer mehr Partner aus dem Leistungsbezug der Agenturen für Arbeit heraus. Hier kann mit Recht von „Partnerinnen“ gesprochen werden, denn es sind zu 77 % Frauen. Diese 77 % Frauen fallen auch aus der Arbeitslosenstatistik und aus der Arbeitsförderung. Ohne Förderung gibt es keine Bildungsgutscheine und keine Weiterqualifizierung. Ohne Weiterqualifizierung gibt es keine Wiedereinstiegsmöglichkeiten. Notwendige Unterbrechungen der Erwerbstätigkeit aufgrund von Kindererziehung oder Pflege von Familienangehörigen werden hart bestraft. Bisherige Ansprüche auf aktive Arbeitsförderung werden auf eine kaum einzufordernde „Kann-Leistung“ reduziert.

Die einzige „Bevorzugung“, die Frauen für sich verbuchen können, sind die Mini-Jobs. Hier sind Hunderttausende von Jobs entstanden, allerdings auch Hunderttausende durch Umbuchungen aus bisher sozialversicherungspflichtigen

Beschäftigungen. Selbstverständlich gehören auch Mini-Jobs künftig zu zumutbaren Arbeiten, die Arbeitslose annehmen müssen. In diesem Zusammenhang wurde auch noch ein weiterer aktiver Beitrag von Seiten der Gesetzgeber zur Drückung der Stundenlöhne geleistet. Die 15-Stunden-Höchstgrenze bei geringfügiger Beschäftigung ist entfallen. Es ist also durchaus möglich, 20, 30 oder auch 40



Stunden für 400 • zu arbeiten. Zudem zeichnen sich diese Mini-Jobs meist durch niedrige Qualifikationsanforderungen sowie durch kaum vorhandene Aufstiegsmöglichkeiten aus. Demgegenüber verfügen allerdings 2/3 aller erwerbslosen Frauen über eine abgeschlossene Berufsausbildung. Jede Kürzung und jede arbeitsmarktpolitische Verschlechterung wirkt sich auf die Frauen dramatisch aus. Schon 2003 erhielten nur noch 22 % aller arbeitslos gemeldeten Frauen in den alten Bundesländern Arbeitslosenhilfe. Der Anteil der weiblichen Nicht-Leistungsbezieher ist seit Anfang des Jahres 2003 gewachsen. In der ersten

Die ersten Entwürfe der Hartz-Kommission sahen eine „familienfreundliche Quick-Vermittlung“ vor. Familienvätern und Alleinerziehenden wird eine besondere Priorität bei der Vermittlung eingeräumt (...). Jeden Montag erhalten der Leiter des Arbeitsamtes und der Vorsitzende der BA eine Liste der arbeitslosen Familienväter.

Jahreshälfte sind bereits 160.000 Arbeitslose aufgrund der Neuregelung aus dem Leistungsbezug gefallen, darunter 2/3 Frauen...

In der **Zukunft** brauen sich noch mehr Wolken über (arbeitslosen) Frauen zusammen. Die stufenweise **Abschaffung der Arbeitslosenhilfe** auf eine de facto schlechtere Sozialhilfe mit pauschal 345 • pro Monat steht uns noch bevor. Auch die **Gesundheitsreform** bedeutet für

Frauen nichts Gutes. Praxisgebühren, höhere Krankenhausgebühr, Wegfall des Zahnersatzes ab 2005 sowie Finanzierung des Krankengeldes ab 2007 ohne den Arbeitgeber führen bei einem durchschnittlichen Einkommen zu zusätzlichen Belastungen von 600 • im Jahr. Notwendige, zusätzliche private Versicherungen werden für Einkommensschwache (z.B. Frauen in schlecht bezahlten Berufen, in Teilzeitarbeit und mit kleinen Renten) nicht bezahlbar sein. Voraussichtlich werden auch hier – wie bei der Riester-Rente oder bei privaten Krankenversicherungen – für Frauen

Fortsetzung auf Seite 4

Fortsetzung von Seite 3 Gender Mainstreaming?

deutlich höhere Beiträge anfallen als für Männer. Geplante Reformen bei der **Pflegeversicherung** werden voraussichtlich nicht zu Verbesserungen der Situation der zu Pflegenden beitragen. Auch hier sind es meistens Ehefrauen, Töchter und Schwiegertöchter, die die Pflege übernehmen.

Alle diese Streichmuster sind nach dem Motto geschehen:

„Wo ist der wenigste Widerstand? – Da streichen wir am meisten!“

Das sind bekanntlich die Schwächsten in unserer Gesellschaft. Der Umkehrschluss heißt allerdings für uns: Wir müssen alle, auch die Schwächsten, wir müssen alle aufstehen und uns organisieren und der rot-grünen, schwarz-gelben Parteienallianz deutlich machen, dass wir uns dies nicht gefallen lassen.

Der europäische Aktionstag ist hierfür der geeignete Zeitpunkt:

3. April 2004 in Köln

Rose Richter

Nach kurzer, schwerer Krankheit verstarb plötzlich am 5. Februar 2004 unser Freund und Kamerad

Otto Fleischmann

Trotz tiefer Trauer über den Verlust unseres Freundes und Kameraden Otto ist es für uns tröstlich, dass Otto nicht lange hat leiden müssen.

Er war langjähriges Mitglied des Kreisvorstandes der VVN - BdA Kreisvereinigung Bochum. Wir verlieren mit Otto einen aufrechten Antifaschisten, der für eine Welt der Menschlichkeit, für eine Welt ohne Faschismus und Krieg eintrat.

**VVN – Bund der Antifaschisten
Kreisvereinigung Bochum**

Dürfen Neo-Nazis wirklich demonstrieren?

„Das Demonstrationsrecht ist ein wichtiger Bestandteil unserer demokratischen Grundordnung“. Dieser Satz folgt immer in Begründungen gegen ein Verbot von Neo-Nazidemonstrationen, sowohl in Gerichtsurteilen als auch als Meinungsäußerung von „normalen“ Bürgern.

Wir verstehen diesen Satz sehr wohl und wenden uns scharf gegen jede Einschränkung des Demonstrationsrechtes. Wir wissen, dass die freiheitlichen Grundrechte von den Bürgern viel zu oft verteidigt werden müssen und dass Demonstrationen und Kundgebungen hierzu ein wichtiges Mittel sind. Wir verstehen es selbstverständlich, wenn dabei auch andere Überzeugungen als unsere zur Geltung kommen.

Wir sind aber auch der Meinung, dass das Demonstrationsrecht es nicht einschließt, Feindschaft und Hass auf Minderheiten zu schüren, andere in ihren Grund- und Freiheitsrechten zu beeinträchtigen.

Hierzu gehört auch das Recht auf freie Religionsausübung. Unseren Jüdischen Mitbürgern haben wir (ich sage bewusst wir, obschon ich erst 1942 geboren bin und heute als Mitglied der VVN - BdA mit den braunen Horden nichts im Sinn habe) die Synagoge zerstört und

abgebrannt, wir haben die jüdischen Mitmenschen verjagt, in Konzentrationslagern ermordet, wir haben unvorstellbare Verbrechen geduldet.

Wenn heute wieder so viele Menschen in der Jüdischen Gemeinde sind, dass eine neue Synagoge notwendig ist, dann müssen wir auch zu ihrer Finanzierung beitragen. Eigentlich müsste der Eigenanteil der Jüdischen Gemeinde bei Null liegen.

Wenn heute unverbesserliche Neo-Nazis gegen die 4 Millionen Euro wettern, die sie besser in Kindergärten angelegt haben wollen, dann wollen sie auf die gleiche verbrecherische Weise soziale Not, Armut und existenzielle Unsicherheit eines Großteils der Bevölkerung für ihre Ziele ausnutzen, wie sie es schon vor 1933 getan haben. Die Folgen davon sind bekannt.


Lutz Berger



Wir ziehen um!!!
Jetzt:
Alte Bahnhofstr. 167
Schreibwaren,
Bücher, & mehr...

02341 92 100 02 Fax 02 100 02 100 02 www.ruhrbuch.de
Luisenpark Bochum Telefon 0234 167 4600 Bochum

www.ruhrecho.de

RuhrEcho Verlag 

Karl Grünberg

Brennende Ruhr
Roman aus der Zeit des Kapp-Putsches

... ein ungehobeltes Buch, die „Brennende Ruhr“ des Proletariats Karl Grünberg ... Ein „Roman aus dem Kapp-Putsch“, eingeführt von Johannes R. Becher, womit das Werk politisch-sozialmoralisch gekennzeichnet ist. Ich wünsche weder den Autor noch den Patron zu beleidigen, indem ich feststelle, dass das Buch starke künstlerische Eigenschaften besitzt.

Thomas Mann, 1928
„Brennende Ruhr“ ist gesunde, kräftige Kost
Johannes R. Becher, 1928
Grünberg ... entfaltet ein facettenreiches Bild der (lokal-)historischen Begebenheiten und der politischen Motive zentraler Führergestalten, ...
Chronik des Ruhrgebietes, 1997
ISBN 3-931999-03-3, 13,00 Euro

Praxisgebühr: Heime strecken Geld vor

WAZ Essen. Die Sozialämter wollen nicht die Praxisgebühr für bedürftige Alten- und Pflegeheimbewohner vorstrecken. Stattdessen finden immer mehr Heime selbst schnelle Lösungen.

Dies bestätigte am Sonntag das NRW-Gesundheitsministerium der WAZ. Im Januar hatten sich Vertreter von Krankenkassen, Kommunen und Heimträger darauf geeinigt, dass künftig sozial schwache Pflegeheimbewohner mit dem Sozialamt eine Ratenzahlung für Zuzahlungen vereinbaren können. Doch dem Städte- und Landkreistag ist dieser Vorgang zu aufwendig. Inzwischen seien aber viele Heime dazu übergegangen, selbst das Geld vorzustrecken und die Raten vom Taschengeld einzubehalten. „Wenn solche unbürokratischen Lösungen gefunden werden, dann begrüßen wir das“, sagte eine Ministeriumssprecherin.

■ Kom.: Lösungen, die helfen

Unser Kommentar

Sie schämen sich nicht einmal mehr, diese Ministeriumssprecher.

Wenn Menschen, die einen Platz im Altenheim nicht mehr mit der Rente bezahlen können und deshalb nach einem arbeitsreichen Leben zu Sozialhilfeempfängern werden, die „Praxisgebühr“ vom Taschengeld abgezogen wird, dann freuen sie sich über diese „unbürokratische Lösung“.

Fortsetzung von Seite 1

Der reaktionäre Kapp-Putsch, ...

neue Regierung will alle politischen und sozialen Errungenschaften der Revolution von 1918 beseitigen und die Republik abschaffen. Als der Generalstreik ausgerufen wird, kommt innerhalb weniger Stunden das öffentliche Leben zum Stillstand. Der Putsch bricht zusammen. In blutigen Kämpfen sind Reichwehrsoldaten und die schwer bewaffnete Polizei aus dem Ruhrgebiet vertrieben worden. Als nun die Arbeiter- und Vollzugsräte versuchen, eine neue Ordnung mit basisdemokratischen und sozialistischen Elementen zu etablieren, verlangt die sich wieder im Amt befindliche Regierung die Abgabe der Waffen und den Rückzug der Räte aus der Politik. Außerdem schickt die Regierung in Berlin nun die gleiche Reichswehr ins Ruhrgebiet, die entweder geputsch oder nichts zum Schutz der Republik getan hatte, um die Arbeiterwehren zu liquidieren.

Über 1.000 Arbeiter kamen allein im Ruhrgebiet ums Leben, weil sie sich für soziale Gerechtigkeit, das friedliche Zusammenleben der Völker und

gegen den Militarismus eingesetzt haben. Ziele, die auch heute aktuell sind. Und – die Kräfte, die den Militarismus und später den Hitler-Faschismus hervorbrachten, sind auch heute in der Bundesrepublik nicht überwunden.

Solange Profitstreben höher bewertet wird als soziale Gerechtigkeit, solange demokratische Rechte statt erweitert, abgebaut werden, es eine latente Gefahr des Neonazismus gibt, solange ist auch heute die Republik in Gefahr. Angesichts gegenwärtiger Versuche des Großkapitals und der mit ihm verbundenen Unternehmen und Politiker, das Rad der Geschichte zurückzudrehen, Interessen der lohnabhängig Beschäftigten gegeneinander auszuspielen, soziale Errungenschaften und politische Rechte auszuhebeln und deutsche Soldaten weltweit einsetzbar zu machen, gilt es einmal mehr, die Erinnerung an die „Märzgefallenen“ wach zu halten, um die notwendigen Lehren aus den Ursachen und Hintergründen des Jahres 1920 zu ziehen.

(Günter Gleising)

Neofaschistische Gewaltrekorde

Von fast allen Medien unbeachtet bleiben die jetzt offiziell zugegebenen und bekannt gemachten Straf- und Gewalttaten neofaschistischer Personen, Gruppen und Parteien. Fast 7.000 solcher Taten wurden bisher für 2003 registriert, davon 546 Gewalttaten. Der „Rest“ waren Hakenkreuzschmierereien und andere neofaschistische Propagandadelikte. Die Gewalttaten stiegen um sage und schreibe 50 Prozent, wenn man die noch ausstehenden Fälle jetzt schon hochrechnet.

Nur Petra Pau, eine der zwei PDS-Abgeordneten im Bundestag, bedauerte, dass die Bundesmittel für Projekte gegen Neofaschismus gekürzt worden sind. Ansonsten sorgt die informelle ganz-ganz Große Koalition im Bundestag einstimmig für solche Kürzungen.

Zu bedenken ist, dass wahrscheinlich die Zahl von 10.054 Straf- und 709 Gewalttaten von 2002 noch viel weiter übertroffen wird, weil die Jahresstatistik des Innenministeriums erheblich mehr Fälle aufweist als bisher bekannt gemacht wurden. Der endgültige Bericht erscheint in einigen Wochen.

Zu all diesen Zahlen ist anzumerken, dass neofaschistische, rassistische, antisemitische Motive so offensichtlich waren, dass sie sich nicht mehr wegdiskutieren ließen.

Aber – wie gesagt – trotz täglicher ca. 30 Straf- und Gewalttaten nehmen die Medien dieses Landes davon kaum noch Notiz. Das ist die Gewöhnung an das Totschweigen einer politisch beunruhigenden Entwicklung.

(W.D.)

Ostermarsch - schon wieder?!!!

Auch in diesem Jahr rüstet die Friedensbewegung im Ruhrgebiet zum Ostermarsch. Für den Bochumer Teil des Ostermarsches wurde, wie es in Bochum Tradition ist, ein politisches Diskussthematema gewählt.

Am 9. Juni 2004 finden Europawahlen statt, und das Finanzkapital der EU überrascht uns mit einem Verfassungsentwurf, der auf seine finanzpolitischen Interessen zugeschnitten ist: Dazu zählt die Aufrüstungsverpflichtung, Sozialkahlschlag, das Veräußern des Tafelsilbers der Kommunen und Einsatzbereitschaft des Militärs als Inkassobüro des Finanzkapitals weltweit. Damit wird der Schwerpunkt unserer Veranstaltung bestimmt durch den kaum bekannten Verfassungsentwurf der EU. Unser Friedensfreund Holger Schmidt (DFG/VK-Landesgeschäftsführer NRW) wird deshalb ein Einführungsreferat halten unter dem Titel: „Lasst Europa in Frieden“.



Die Veranstaltung beginnt **Ostersonntag** nach dem Fahrradkorso um **16.00h** im Kulturbahnhof Bochum Langendreer, Wallbaumweg 108. Am **Ostermontag**-Morgen gibt es wie immer den **Friedensgottesdienst** in der evangelischen Kirche am Werner Markt (Veranstalter sind die Frauen für den Frieden in der evangelischen Kirche Westfalen). Es spricht Hartmut Dreyer.

Um **11.00h** beginnt die **Auftaktkundgebung** mit „komplette Bandbreite“.

Um **11.30h** ist **Abmarsch** nach Dortmund. (Zwei Zwischenstopps für Familien mit Kindern sind eingeplant).

Ab **13.10h** in Dortmund-Marten „In der Meile“ spricht Ulrich Sander VVN - BdA. Der zweite Zwischenstopp ist

**Donnerstag,
8. April 2004, 19.30 h**

Vortrag: „Das Stalag VI D Westfalenhalle Dortmund“; Referentin Regina Meutler, Historikerin; Ort: Mahn- und Gedenkstätte Steinwache in Dortmund.

Veranstalter: Internationales Rombergpark - Komitee e.V.

**Karfreitag,
9. April 2004, 15.00 h**

Gedenkkundgebung der Stadt Dortmund am Mahnmal in der Bittermark

um **15.00h** in Dortmund-Dorstfeld „Wilhelm Platz“.

Um **16.00h** beginnt das abschließende Friedensfest „Im Depot“, erreichbar mit U45 und U49 von Dortmund Hbf Richtung Fredenbaum. Haltestelle Immermannstraße.

Edmund Piniarski

Eine CD zum Thema Zwangsarbeit in Bochum

Die am 27. Januar 2000 gegründete Bürgerinitiative „Entschädigung jetzt“ leistete eine erfolgreiche Arbeit in unserer Stadt. Mit Veranstaltungen, Info-Ständen, Aktionen, Mahnwachen vor den Betrieben und Demonstrationen machte die Initiative in der Vergangenheit mit dem Thema „Zwangsarbeit in Bochum“ eine breite Öffentlichkeit bekannt.

Ein Meilenstein in der Tätigkeit der Initiative war die Herausgabe des Buches „... und die Erinnerung tragen wir im Herzen“, Briefe ehemaliger Zwangsarbeiter Bochum 1942 - 1945 - im Jahr 2000.

In diesem Buch berichten ehemalige ZwangsarbeiterInnen über ihre Verschleppung und die Zeit ihres erzwungenen Arbeitseinsatzes in Bochum.

Ein weiteres Ergebnis der Arbeit mit und über ZwangsarbeiterInnen ist eine CD, auf der Interviews mit ehemaligen ZwangsarbeiterInnen seit 1992 und Aspekte der Entschädigungsdiskussionen in Bochum erfasst sind.

Herausgeber der CD ist das Unabhängige Radio Bochum (URBO), mitgearbeitet haben Jörg Bienhold, Anneliese Grajetzky, Waltraud Jachnow,

Klaus Kunold, Gernot Schubert u.a. Die Herausgabe der CD wurde durch Spenden von Bündnis 90/Die Grünen, der Gesellschaft Bochum-Donetsk e.V., von URBO und der VVN - BdA ermöglicht.

Je ein Exemplar wird allen weiterführenden Schulen in Bochum für Unterrichtszwecke kostenlos zur Verfügung gestellt.

Impressum

Herausgeber: VVN - Bund der Antifaschisten, Kreisvereinigung Bochum. **V.i.S.d.P.:** Klaus Kunold, Graffring 39, 44795 Bochum. **Druck:** Eigendruck. **Auflage:** 1.000. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Die CD kann zum Preis von EUR 3,00 bei der VVN - Bund der Antifaschisten erworben werden. Auf einer Pressekonferenz im Januar 2004 wurde die CD der Öffentlichkeit vorgestellt.